

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Nummern: 25 241
Für die Nachgelieferung: 20 011.

Lebeck's - Dreieck-
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma geg. 1838. * 16 mal prämiert.

Schließung und Hauptgeschäftsstelle:
Merkelstraße 36/40.
Bezug von Bleich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr: In Dresden bei täglich zweimaliger Zeitung monatl. 35 Pfg., | Anzeigen-Preise: Die Spalte 12 mm breite Seite 9 Pfg., außerh. Sachsen 11 Pfg., Familienanzeigen, Anzeigen unt. Stellen-u. Wohnungsmarkt, 10 Pfg., Un-
über durch die Post bei dgl. zweimaligem Versand monatl. 35 Pfg. | u. Berlin 12 Pfg., Nachrichten, Morgenblätter, Land. Baum. Aufträge geg. Vorausbezahl. - Einzelnummer 2 Pfg., Sonntagsausg. 2,50 Pfg.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unsererlei Scherzstücke werden nicht anfermet.

Bücher • Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Establishment 1. Rang - Original amerik. Bar
erstklassige warme und kalte Küche
Excelsior Diele
Seestraße 7
Konzerte Jaska Lakatos, ungar. Kapellmeister, u. Cymbalistinnen
zum 5-Uhr-Tea und abends

Senkingherde
ESCH - Dauerbrandöfen
Alleinverkauf:
Inhaber: **Chr. Garms** W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernspr. 1632 Nähe Postplatz
Fachgeschäft für transportable Herde und Öfen

Die Antwort der Reparationskommission.

Verlangte Zahlung der am 15. Juli fälligen Rate.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Paris, 13. Juli. Die Antwort der Reparationskommission auf das deutsche Memorandum ist heute abend überreicht worden. Sie ist eine kurze Note, in der die Zahlung der am 15. Juli fälligen Rate verlangt wird. In der Frage des Gesamtamortisationswerts wird eine Antwort noch nicht gegeben, sondern darauf hingewiesen, daß eine solche erst möglich ist, sobald der Bericht der Garantiekommission vorliegt. Diese Note, die den Voraussetzungen von gestern abend bezüglich der Zahlung am 15. Juli nicht entspricht, zeigt, daß im Verlaufe der heutigen Verhandlung der französische Standpunkt in dieser Einzelfrage durchgedrungen ist. Insbesondere verlangt, daß der belgische Delegierte den französischen Standpunkt unterstützt hat.

Lond George für Zahlungsausschub.

London, 13. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Lord George im Unterhaus zur deutschen Note, die britische Regierung sei der Ansicht, daß es absolut notwendig sei, daß Deutschland ein solcher Zahlungsanspruch gewährt werde, damit es in die Lage komme, seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und dadurch die Möglichkeit erlange, sobald wie möglich angemessene Reparationszahlungen zu leisten. Wedgewood fragte, ob diese Angelegenheit der Verhandlung der Reparationskommission entgegen werde. Lord George erwiderte: Das habe ich durchaus nicht gesagt. Wennworth fragte: Warum warten wir immer eine Katastrophe ab und unternehmen keine Schritte, um ihr zuvorzukommen? Wird der Ministerpräsident diese Warnung in Zukunft beherzigen? Es erfolgte keine Antwort. Wedgewood fragte weiter, ob der Premierminister eine persönliche Repräsentation mit Poincaré über den Sturz der Mark und dessen Wirkung auf das Reparationsproblem aufschieben wolle, bis ein Abkommen zwischen der französischen und der britischen Regierung, betreffend Herabsetzung der Reparationszahlungen, erzielt sei. Lord George sagte: Ich bin der Ansicht, daß es unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist, die Zusammenkunft aufzuschieben. (B. Z. B.)

London, 13. Juli. Heute wurde ein amtlicher Bericht über den Empfang von Vertretern der englischen Fabrikantenunion bei Lord George veröffentlicht. Über das Reparationsproblem befragt, sagte Lord George dem Bericht zufolge, er sei durchaus der Meinung, daß es wünschenswert wäre, die Ausführung der Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages durchzuführen, aber unter der Voraussetzung, daß man dies tun werde, ohne sich selbst mehr zu schaden als Deutschland. Bevor das Garantiekomitee seinen Bericht erstattet habe, könne die Regierung keinen Entschluß fassen. Das Garantiekomitee werde zu erklären haben, ob Deutschland einen Bankrott nur vorübergehend, oder ob der Stand der Mark auf den tatsächlichen Zustand in Deutschland zu beziehen sei. Die Lage des deutschen Außenhandels sei nicht so rosig, wie dies einige Mit-

glieder des Komitees anzunehmen schienen. Matheson habe den deutschen Außenhandel mit 25 Prozent des Vorkriegswertes geschätzt. Die Franzosen schätzten ihn auf 40 Prozent. Selbst angenommen, die französische Zahl sei richtig, könnte Deutschland auf dieser Grundlage viel Kapital exportieren und mehr Zahlungsmittel antauchen als vor dem Kriege? Lord George fügte hinzu, er sei froh, daß deutsche und nicht britische Staatsmänner sich diesem Problem gegenübersehen. (B. Z. B.)

Das Gutachten des Garantiekomitees.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Berlin, 13. Juli. Über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten des Garantiekomitees und den Inhalt des Gutachtens, welches das Komitee am Montag in Paris überreicht wird, werden uns von beheimerteter Seite folgende Angaben gemacht:

Die drei Kommissionen, die das Komitee gebildet hat, um die verschiedenen Fragen zu studieren, haben ihre Arbeiten abgeschlossen und ihre Berichte sind bereits fertiggestellt und dem Plenum des Komitees überreicht worden. Von den Berichten beansprucht besonders Interesse der Bericht der Kommission, die sich mit der Frage der

Kapitalflucht

zu befassen hatte. Die Verhandlungen in dieser Frage sind mit der deutschen Regierung in der Welt geführt worden, daß die Kommission von der Reichsregierung einen Plan erhalten hat, wie sie die Kapitalflucht zu bekämpfen beabsichtigt und nach Entwicklung des Planes ihrerseits Bedenken und Vor schläge erhoben wurden.

Der zusammenfassende Bericht des Garantiekomitees wird besonders ein Gutachten über die Frage abzugeben haben, ob die deutsche Regierung guten Willen an dem

Problem der finanziellen Gesundung Deutschlands gezeigt hat. Man kann bereits heute verkündern, obwohl der zusammenfassende Bericht noch nicht revidiert ist, daß das Komitee in seiner Gesamtheit in dieser Frage den besten Willen der deutschen Regierung feststellen wird. Der Bericht wird alsdann die

Garantien

anzählen, die für eine spätere Zahlungsfähigkeit Deutschlands gegeben erschienen oder für die nach Meinung des Komitees Vorsorge zu treffen ist. Eine gutachtliche Beurteilung darüber, ob Deutschland ein

Moratorium

gewährt werden soll und wie die Einzelheiten dieses Moratoriums beschaffen sein sollen, wird das Garantiekomitee nicht abgeben, da diese Frage nicht zu seinem Arbeitsfeld gehört und das Gutachten sozusagen nur auf dem von der Reparationskommission begehrtem Gebiet abzufassen gegeben wird. Man erwartet jedoch in den Kreisen des Garantiekomitees, daß das Gutachten, besonders weil es den besten Willen der deutschen Regierung feststellt, bei der Reparationskommission die Gewährung eines Moratoriums wesentlich fördern wird.

Am Sonntag besitz sich das Garantiekomitee zurück und wird erst am Montag das Gutachten überreichen.

Die Reparationsquälerei.

Die deutsche Note an die Reparationskommission entrollt mit dürren Worten ein Bild von der Terrütina der deutschen Finanzverhältnisse, das den ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage gründlich zum Bewußtsein bringt. Wenn man die Zahlen, die in dem Schriftstück angeführt werden, bloß verhandlungsmäßig auf sich wirken läßt, so muß man den Kopf schütteln über den grenzenlosen Unverstand, der darin in die Erscheinung tritt, daß die schiefen Urheber des Verfallens Gewalttätigkeiten glauben können, mit derartigen astronomischen Größen, deren Auswaschen bei der Salutarität unaufhaltsam ist, sei überhaupt in der praktischen Politik etwas anzufangen. Es kommt aber auch noch ein Gefährlichmoment bei der Sache in Frage, das sich ergibt, wenn man den Blick von den Zahlen und Ziffern der Note hinweg auf das wendet, was sich hinter den Zahlen abspielt. Es handelt es sich um das große deutsche Kulturvolk, das in heldenmütigen Ringen seine letzte Kraft verbraucht, um sich gegen den Wahstrom der Reparationen zu behaupten, der es in seine unergründlichen Tiefen hinabzuziehen und zu verschlingen droht. Steigende materielle und kulturelle Verarmung und Verelendung weiter Schichten des deutschen Volkes ist die Folge, die sich mit den im Verfaller Verträge und im Londoner Ultimatum begründeten Forderungen verknüpft und in ihrer weiteren Wirkung immer mehr dazu führt, daß dem deutschen Wirtschaftsorganismus der Boden unter den Füßen entwindet, wenn nicht endlich bei der Entente die Einsicht reift, daß etwas wirklich Durchgreifendes und Nachhaltiges geschehen muß, um Deutschland und mit ihm Europa vor dem Chaos, vor einem allgemeinen Zusammenbruch zu retten, der auch die sich so hochmütig und unbarmherzig gebärdenden Siegerstaaten in empfindlicher Weise in Mitleidenhaft ziehen würde. Über diese Gefahr, die immer näher heranwilt, je länger die Hilfe verweigert wird, beginnen sich allmählich doch auch die Ententeländer klar zu werden. In Frankreich bricht sich die Erkenntnis der Wahrheit nur langsam und widerwillig Bahn, in England dagegen, wo man politische und wirtschaftliche Dinge mit mehr Objektivität und Großzügigkeit zu behandeln pflegt, nimmt die Presse kein Blatt vor den Mund, sondern spricht sich mit voller Offenheit aus, ohne dabei auf die Gefühle der Franzosen besondere Rücksicht zu nehmen. Ein führendes Londoner Blatt hat direkt den Ruf nach einem neuen Friedensvertrage erhoben, und ein anderes, das durch seine mauthafte Vertretung der Kennzeichen Ideen bekannt geworden ist, der „Manchester Guardian“, erklärt, die Auflösung Deutschlands würde die Auflösung Mitteleuropas bedeuten und entweder eine förmliche oder noch wahrscheinlicher eine monarchistische Reaktion herbeiführen. Dabei sprach das englische Blatt noch ein anderes mutmaßes Wort aus, das weithin über den Erdball gehört zu werden verdient und das in jeder Pariser Redaktion sowie in der französischen Kammer und im Senat an auffälliger Stelle angebracht werden sollte: „Es ist ein Unglück, daß die Deutschen in Versailles behandelt wurden, und es ist ein Wunder, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung das alles ansieht.“ Auch die Reparationskommission täte gut daran, sich diesen Ansprüchen zu merken.

In, es ist wirklich ein Wunder, daß das geduldige deutsche Volk alle die Verden, die durch das unheimliche jetzige Reparationsystem über sein Haupt heraufbeschworen werden, bis jetzt so ruhig auf sich genommen hat, ohne in völlige Verzweiflung und Hofflosigkeit zu geraten. Das ist gewiß ein Beweis dafür, daß trotz mancherlei Enttäuschungserscheinungen im Innern der Nation noch ein harter sittlicher Wille lebt, der sich entschlossen ist, zu tun, was irgend möglich ist, um den Posten, die aus der Niederlage im Kriege entspringen, gerecht zu werden. Mein Volk aber kann über die Grenzen seiner Kraft hinaus fronden, und diese Grenze ist für Deutschland längst erreicht. Schon im Dezember 1921, als die Berliner Regierung zum ersten Male erklärte, daß sie die nachfristigen Zahlungen nicht bewirken könne, mußte es jedem Einsichtigen klar sein, daß damit die Leistungsfähigkeit Deutschlands, soweit Vorauszahlungen in Betracht kamen, überhaupt erschöpft war. Die Entente aber gab wiederum dem Druck Frankreichs nach und kann, statt sich ernstlich mit dem Gedanken einer umfassenden Erleichterung der Reparationslast zu beschäftigen, lediglich darüber nach, wie sie aus dem bereits aus ankerter herausgeworfenen Deutschland noch weitere Goldzahlungen herauspressen könnte. So kam denn zunächst der Beschluß von Cannes zustande, der den vorläufigen Zustand der Defizitanzahlungen schuf. Auf Grund dieser Regelung, die ohne jedes Verständnis für die wahre Lage Deutschlands vorgenommen wurde, leistete der in Wahrheit bis zum Selbsttötung acemigte deutsche Schuldner von 18. Januar bis zum 18. März 1922 sieben Zahlungen von je 81 Millionen Goldmark. Aller zehn Tage wurde diese Summe pünktlich abgeführt, und dann trat an ihre Stelle auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission die „endgültige“ Neuordnung, kraft deren folgender Zahlungsplan festgelegt wurde: 18 Millionen Goldmark am 15. April 1922, je 50 Millionen am 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September und 15. Ok-

Ablehnung weiterer Verhandlungen mit den Russen im Haag.

Haag, 13. Juli. Die Unterkommission für das private Eigentum hielt heute vormittag eine Sitzung ohne die russische Kommission ab. Dem Vorsitzenden der russischen Kommission wird mitgeteilt werden, die erste nicht-russische Unterkommission habe nach Beprüfung der Erklärungen der russischen Abordnung beschlossen, daß mit Rücksicht auf die Erklärung Litwinoffs alle weiteren Sitzungen zwecklos seien und daß die erste Unterkommission in diesem Sinne in der Vollziehung Bericht erstatten werde. (B. Z. B.)

„Auf dem toten Punkte“.

London, 13. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhaus sagte Lord George: Ein offizieller Bericht über einen endgültigen Zusammenbruch der Haager Konferenz liegt noch nicht vor. Jedenfalls ist es Tatsache, daß man auf einem toten Punkt angelangt ist. Ich hoffe, vor dem Ferien eine Erklärung über die Haager Konferenz abzugeben. Vielleicht wird es möglich sein, in der übernächsten Woche über die Haager Konferenz, den Sturz der Mark und die Reparationsfrage eine Debatte anzuberaumen. (B. Z. B.)

Unverminderter Ernst der inneren Krise.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Berlin, 13. Juli. Die politische Lage hat sich im Laufe des Tages nicht verändert. Allerdings macht sich im parlamentarischen Kreise eine ruhigere Beurteilung der Gesamtlage geltend. Namentlich auf das Eingreifen des Reichspräsidenten legt man harte Forderungen. Allerdings verhärtet sich der Eindruck, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien sich mit einer einschneidenden Erweiterung der Reichsregierung durch die Unabhängigen allein nicht abfinden werden. Am Abend traten die Vertreter der Mehrheitsparteien zu einer Besprechung über das Geschehen am Schusse der Republik zusammen, um sich über einige noch strittige Punkte zu einigen. Man hofft für die dritte Veluna eine Einigung zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen und Deutscher Volkspartei zu erzielen und so die erforderliche Mehrheit zu sichern.

Eine Auflösung des Reichstages erachteten alle Parteien im gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Verhandlungen mit der Reparationskommission schweben und die Gefahr einer weiteren Markentwertung droht, als geradezu verhängnisvoll. Es war auch bekannt geworden, daß auf eine Anfrage des Auswärtigen Amtes bei den deutschen Botschaftern übereinstimmend mitgeteilt worden ist, das Ausland würde eine Auflösung des Reichstages in der gegenwärtigen Zeit für eine verhängnisvolle Katastrophe betrachten.

Berlin, 13. Juli. Die Rückkehr des Reichspräsidenten ist, wie uns gemeldet wird, auf Sonnabend früh vorhaben worden.

Für morgen vormittag ist eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses vorzusehen, in der voranschließlich die Frage der Regierungsbildung entschieden werden wird.

Austritt der Volkspartei aus der braunschweigischen Koalition.

Braunschweig, 13. Juli. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde das Minderheitenvotum der Unabhängigen gegen den Deutschen Volkspartei angehängenden Minister Kaser verhandelt. Der Redner der Unabhängigen kritisierte die Politik der Deutschen Volkspartei und griff dann den Minister Kaser persönlich an, weil dieser Mitglied der Organisation Stahlhelm sei. Er bewies, daß die Regierung zu ernstlichen Maßnahmen greifen werde, weil eben ein ihrer Mitglieder dieser Organisation angehört. Die Redner der Deutschen Volkspartei und auch der Demokraten traten für Kaser ein und erklärten, daß er nie versucht habe, irgendeine Regierungsmahnahme zu durchsetzen. Minister Mönneburg erklärte dasselbe. Schließlich sagte Kaser, er wolle, um den Landtag baselbe. Schließlich sagte Kaser, er wolle, um den Landtag vor einer Abkündigung zu bewahren, im Einverständnis mit seiner Fraktion freiwillig sein Amt niedersetzen, und betonte ferner, daß die Deutsche Volkspartei und die ihr angeschlossene Wirtschaftliche Vereinigung aus der Regierungskoalition aussteigen. Darauf wurde der Antrag der Unabhängigen zurückgezogen und die Sitzung durch den Präsidenten geschlossen.

Das Amnestiegesetz im Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Korrespondenz)

Berlin, 13. Juli. Bei Eröffnung der Sitzung wurde regierungsseitig mitgeteilt, daß die Interpellation Derg (D.N.) betreffend Strafverurteilung und Tilgung der Verbrechen im Reich am 4. Juli 1922 in der gesetzgebungsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden soll. Auf der Tagesordnung stand dann zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Ermächtigung zu Haftverhörungen. Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses die Eingangsrollen für zollpflichtige Waren zu erhöhen und zollfreie Waren mit Eingangszöllen zu belegen.

Die Vorlage wurde mit der Änderung angenommen, daß bei der Festsetzung der Erhöhung ein besonderer Reichstagsausschuß mitwirken soll. Angenommen wurde auch der von den Abg. Müller-Franken (Soz.), Marx (Centr.) und Erbelein (Dem.) eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über Änderungen der Reichsverfassung, durch die gewisse Erleichterungen bei der Weltvermittlung von Ansprüchen gewährt werden sollen. Es folgt die zweite Beratung des

Gesetzentwurfes über Straffreiheit für politische Straftaten.

Nach der Vorlage wird Personen, die im Jahre 1920 nach dem 4. August und im Jahre 1921 an einem hochverräterischen Unternehmen mitgewirkt haben, Straffreiheit gewährt. Dies gilt nicht für Straftaten, die sich auf das Jahr 1922 fortgesetzt haben. Straffreiheit wird weiter gewährt Personen, die von einem außerordentlichen Gericht verurteilt worden sind, sofern die Handlung nicht lediglich auf Habt, Eigennutz usw. beruht. Die Straffreiheit wird nicht gewährt bei Verbrechen gegen das Leben, bei schwerer Körperverletzung, bei Raub, Brandstiftung, Gefährdung von Eisenbahntранспорten und beim verbrecherischen Gebrauch von Sprengmitteln.

Die sozialdemokratische Forderung, die Amnestie auch auf den Eisenbahnerkreis auszudehnen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde eine Entschließung, in der die Eisenbahnerverwaltung aufgefordert wird, Milde walten zu lassen.

Abg. Schmidt, Weihen (Soz.), hielt die Vorlage für nicht ausreichend. Die Amnestie müsse auf alle politischen Straftaten ausgedehnt werden. Von Bayern sei auch diesmal kein Entgegenkommen zu hoffen, deshalb müsse das Reich eingreifen. Die Amnestie müsse auch auf die Räuber Rätezeit ausgedehnt werden. Reichsjustizminister Dr. Rabbrack erklärte, wie das Gesetz zum Schutze der Republik den Vergiftungsprozess des Volkskörpers aufhalten wolle, so sei das Gesetz über die Straffreiheit für politische Straftaten die Antwort auf einen Sanierungsprozess, der sich im Volkskörper vollzogen habe. Der Reichsverkehrsminister sprach sich gegen die Einbeziehung der Eisenbahner aus, da es sich um keinen politischen, sondern um einen wirtschaftlichen Streik gehandelt habe. Er werde aber äußerste Milde walten lassen, wo es geboten erhele.

Abg. Dr. Bell (Centr.) stimmt der Vorlage zu und bat, ihre Grenzen nicht zu erweitern. — Abg. Reuthäuser (Wolffsp.) lehnte das Gesetz ab.

Abg. Barth-Ghemnitz (D.N.): Wir lehnen es ab, daß hochverräterische Unternehmen amnestiert werden, vor allem darf die Amnestie nicht einseitig sein. Das widerspricht dem Wesen des Rechtsstaates. Seit dem 9. November 1918 sind nicht weniger als 15 Gesetze oder Verordnungen über kleinere oder größere Amnestien erlassen. (Hört, hört, rechts.) Diese Amnestien sind eine der unglücklichsten Errungenschaften der Revolution. (Lärm links.) Sie eröteten das Rechtsempfinden. Wenn jetzt die schweren Verbrechen anlässlich der Demonstrationen am 4. Juli in Sachen amnestiert werden, so bedeutet das eine unehrenhafte Provokation. (Großer Lärm links.) Zuruf: Sie sind der Provokateur. Der deutsch-nationale Arzt hätte nicht aus dem Fenster schießen sollen! Was die

Vorfälle in Zwidau betrifft, so muß ich, um die Ehre dieses Rates zu schützen, erklären, daß die polizeiliche Untersuchung, die mit aller Strenge geführt wurde, einwandfrei ergehen hat, daß dieser Arzt überhaupt keine Schußwaffe besaß. Die Section der Leiche eines der getöteten Arbeiter hat ergeben, daß der tödende Schuß aus horizontaler Richtung abgegeben wurde. Daß der Schuß aus dem Fenster des Arztes gekommen sein könnte, wurde von der Untersuchungsbehörde verneint. 24 Stunden vor den traurigen Zwidauer Vorfällen benachrichtigte mich ein Arbeiter über das, was ge-

schehen sollte, ein Mann, der solche Taten nicht mitmachen wollte. Ich habe sofort die zuständigen Stellen davon in Kenntnis gesetzt. Man hat aber meine Mitteilung anscheinend nicht mit der gebührenden Aufmerksamkeit beachtet. Man muß wirklich mit Reiz nach dem Ordnungshaupt Bayern blicken. (Beifall rechts, Großer Lärm links.)

Abg. Schäfers (Dem.) trat für die Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen ein. — Abg. Rosenfeld (Unabh.) behauptet, daß keine Partei den Mordern so nahe stehe, wie die Deutschnationalen. — Abg. Leicht (Bav. Sp.) entgegnete auf die Unruhe, mit der ihn die Linke empfinde, ob man etwa schon in seiner Aufrichtigkeit zu Bayern eine Provokation erblicke. (Beifall.) Zuruf des Abg. Ledebour: Sie ist ein mißverständlicher Umstand.

Eine allgemeine Amnestie sei immer etwas bedenkliches, besonders wenn dabei in die Justizhoheit der einzelnen Länder eingegriffen werde. Die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks verhängten Strafen seien gerechtfertigt. — Abg. Klein (Komm.) nannte die Amnestie ein Gebot der Menschlichkeit. Die begangenen Straftaten seien nur Akte der Notwehr gegenüber der verbrecherischen Reaktion gewesen.

Damit schloß die Aussprache. Der sozialdemokratische Antrag auf Einbeziehung des Eisenbahnerkreises in die Amnestie wurde gegen die Linke abgelehnt. Die Vorlage wurde im übrigen unverändert nach den Ausschlußbeschlüssen in zweiter Lesung angenommen mit der Entschließung, die eine mildere Handhabung der Disziplinargewalt gegenüber dem am Eisenbahnerstreik beteiligten Personen verlangt.

Auf der Tagesordnung stand dann die dritte Lesung des

Arbeitsnachweisgesetzes.

Eine allgemeine Aussprache fand nicht mehr statt. Angenommen wurden Anträge Dr. Mohr und André (S.) gegen die Rechte und auf Antrag der Linken, dem § 50 folgende Fassung gegeben: Die gewerksmäßige Stellenvermittlung ist vom 1. Januar 1921 ab verboten. Mit diesem Zeitpunkt erlischt die erteilte Erlaubnis zum Gewerbetriebe eines Stellenvermittlers. Denjenigen Stellenvermittlern, die zu diesem Zeitpunkt das Gewerbe mindestens vor dem 2. Juni 1910 auf Grund behördlicher Erlaubnis ausüben, ist eine angemessene Entschädigung zu gewähren, deren Höhe durch besonderes Gesetz bestimmt wird. In der Gesamtabstimmung wurde das Gesetz gegen die Kommunisten angenommen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag 3 Uhr. Nationalfeiertag, Vortage der Presse, Disziplinargesetz für die Wehrmacht, Verordnung gegen Preisdreibeieren.

Die Änderung des Beamtengesetzes im Ausschuß.

Berlin, 13. Juli. In der Abstimmung wurde die Schaffung eines Disziplinarorgans abgelehnt, nachdem von Seiten des Zentrums erklärt worden war, daß bei der zweiten Lesung im Einverständnis mit den Demokraten und den Vinsparteiern bezüglich der Zusammenfassung des Disziplinarhofes eine Revision versucht werden soll. Angenommen wurden alsdann Artikel 2 und 3 der Regierungsvorlage, die bestimmen, daß die in der Regierungsvorlage enthaltenen Vorschriften sinngemäß auch für Soldaten gelten, ohne daß hierdurch die weitergehenden Vorschriften des Wehrgesetzes, insbesondere die Vorschriften über das Verbot politischer Betätigung, berührt werden. Durch Reichs- oder Landesgesetz kann über die bestehenden Vorschriften hinaus bestimmt werden, daß im Interesse der Festigung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform nicht-richterliche Beamte, die den jetzigen Befoldungsgruppen von Gruppe 12 an aufwärts angehören und die entweder sich in leitender Stellung oder in der Stellung von Stellvertretern leitender Beamten befinden oder politische Entscheidungen zu treffen haben, oder mit Aufgaben zum Schutze der Republik besonders betraut sind, jederzeit durch die vorgelegte oberste Reichsbehörde mit Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes einwilligen in den Ruhestand versetzt werden können. Dabei soll es unerheblich sein, ob die betroffenen Beamten vor oder nach dem Inkrafttreten der Reichsverfassung angestellt wurden. Ferner wurde eine Entschließung der Sozialdemokraten und der Unabhängigen angenommen, wonach die Personalreferate in allen Zweigen der Reichsverwaltung nur solchen Beamten übertragen werden sollen, die sachkundig und vor allem unbedingt zuverlässig revolutionär sind. — Damit war die erste Lesung des Gesetzes erledigt.

Die Verfolgung der Mörder Rathenaus.

Jena, 13. Juli. Wie dem Regierungsorgan „Das Volk“ aus Weimar gemeldet wird, haben nach zuverlässigen Meldungen die beiden Rathenaus-Mörder gestern abend gegen 7 Uhr bei Apolda die Bahn überschritten und sich nach Thüringen gewandt. Zwei Personen mit Fahrradern, auf die, wie sich nachträglich herausstellte, das Signalament der Mörder zeigte, haben sich gegen 1/7 Uhr in Liederbach lauffassen lassen. Die Spur der betreffenden Personen wird verfolgt.

Dessau, 13. Juli. Wie der „Staatsanzeiger für Anhalt“ mitteilt, befinden sich die beiden flüchtigen Mörder Rathenaus in Anhalt. Die anhaltische Sicherheitspolizei hat sofort umfassende Maßnahmen getroffen, um das Land abzusperren. Das Publikum ist aufgefordert worden, die Fahndungsarbeiten der Behörden nach Möglichkeit zu unterstützen und alle verdächtigen Wahrnehmungen sofort der nächsten Polizeistation mitzuteilen. (W.F.B.)

Berlin, 13. Juli. Wie dem „F.“ aus Stuttgart gemeldet wird, weilte in Eichstätt im Allgäu seit einiger Zeit ein Kurgast, der sich Graf v. Brandstein nannte. Da er in der letzten Zeit verschiedene Postkonditionen unter den verschiedensten Adressen erhielt, wurde man auf den angeblichen Grafen aufmerksam und setzte die Polizei von seinem Aufenthalt in Kenntnis. Ein Landjäger, der sich nach dessen Zimmer begab, fand aber das Zimmer leer vor. Der Graf war nach dem Dachboden geflüchtet. Als der Beamte ihm dorthin folgte, schuß er sich eine Kugel ins Herz. Man bringt die Angelegenheit mit der Ermordung Rathenaus in Verbindung.

Die Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

Berlin, 13. Juli. Während der Eisenbahnpersonenverkehr im Jahre 1918 noch etwa ein Drittel der Gesamteinnahme der Eisenbahnen brachte, zwei Drittel also im Güterverkehr aufstamen, ist der Anteil der Einnahmen aus dem Personenverkehr an der Gesamteinnahme heute auf etwa ein Viertel der Gesamteinnahme zurückgegangen. Dies bedeutet, daß ein beträchtlicher Teil der durch die Bedienung des Personenverkehrs verursachten Kosten vom Güterverkehr getragen werden muß, daß also die breite Masse der Verbraucher belastet wird, um die Fahrpreise niedrig zu halten, die nur einem beschränkten Teile der Bevölkerung zugute kommen. Mit Rücksicht auf die fortschreitende Steigerung der persönlichen und sächlichen Ausgaben und das ständige Sinken des Geldwertes hält der Reichsverkehrsminister es nicht mehr für vertretbar, die Personentarifse, die seit der Festsetzung am 1. Februar 1922 eine Erhöhung nicht mehr erfahren haben, weiter unversehrt beizubehalten. Es ist deshalb eine Erhöhung der gegenwärtig geltenden Fahrpreise um etwa 50 v. H. in Aussicht genommen, die zum 1. Oktober d. J. wirksam werden soll. Gegenüber den bedeutenden Lohn- und Materialpreiserhöhungen auf allen Gebieten ist die Mehrerinnahme der Reichsbahn, die auf 6 Milliarden veranschlagt wird, nicht hoch. Die Erhöhung soll nicht mehr durch prozentuale Zuschläge auf die letzten Fahrpreise, sondern im Wege organischer

Durchbildung der Tarife unter Zugrundelegung neuer Einheitsätze erfolgen.

Die neuen Einheitsätze für das Kilometer werden betragen: In der vierten Klasse 45 Pfg., in der dritten Klasse 67,5 Pfg., in der zweiten Klasse 112,5 Pfg., in der ersten Klasse 202,5 Pfg.

Die Schnellzugszuschläge werden betragen: für die Zone I (1-75 Kilometer) in der dritten Klasse 15 M., in der ersten und zweiten Klasse 30 M., für die Zone II (76 bis 150 Kilometer) in der dritten Klasse 30 M., in der ersten und zweiten Klasse 60 M., für die Zone III (über 150 Kilometer) in der dritten Klasse 45 M., in der ersten und zweiten Klasse 90 M.

Auch auf die Zeitkarten aller Art erkräftet sich die Erhöhung der Fahrpreise von 50 Prozent. Um jedoch den Berufs- und Siedlungsverkehr zu schonen, soll der sogenannte Notstandstarif, demzufolge die Monatskarten schon jetzt zu nur 16 Einzelfahrten, die Wochenkarten zu vier Einzelfahrten berechnet werden, noch dahin ausgebaut werden, daß vom 1. Oktober ab der Berechnung nur 14 bzw. 13½ Fahrten zugrunde gelegt werden. Als Einheitsatz für den Militärpersonenverkehr ist, entsprechend der Erhöhung der Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs, in der dritten Preisklasse auf das Zwanzigfache des Friedenspreises, der Betrag von 20 Pfg. für das Kilometer in Aussicht genommen. Die jetzigen Preise für Zeitkarten und Platzanweisungen bleiben mit Rücksicht auf die vor kurzem vorgenommene Erhöhung zunächst bestehen. Der Preis der Hundsfahrkarten beträgt künftig die Hälfte des Fahrpreises dritter Klasse, eine Bahnfahrkarte wird 1,50 M. kosten.

Auch der Gepäcktarif muß aus denselben Gründen, wie der Personentarif, zum 1. Oktober 1922 erhöht werden, und zwar ist ein Frachttarif von 10 Pfg. für 10 Kilogramm und 1 Kilometer in Aussicht genommen. Die Mindestfracht für Gepäck wird von 5 auf 10 M. heraufgesetzt.

Neue Lohnforderungen der Berliner städtischen Arbeiter.

Berlin, 13. Juli. Die Berliner städtischen Arbeiter haben dem Magistrat die Forderung überreicht, die ab 1. Juli 1922 geltenden Stundenlöhne um 12 Mark zu erhöhen. Außerdem wird verlangt, daß die Schwerkraftzulage und die Zulage für die Arbeiter der technischen Betriebe und Abteilungen, die bisher 10 Pfennig pro Stunde betragen hat, auf 1 Mark pro Stunde erhöht werde. Bei Bewilligung der neu aufgestellten Forderungen würden die Stundenlöhne für ungelernete 33,45 M., für angelernte 34,05 M. und für gelernte Arbeiter 35,10 M. betragen. Bei vorsichtiger Schätzung würde der Stadt die Bewilligung dieser Forderungen eine Mehrausgabe für Löhne von rund 2 Milliarden verursachen. Bei der Straßenbahn allein würden sich die Mehrausgaben auf etwa 400 Millionen belaufen. Ein scharfes Anzeichen der Finanzkrise wäre für die Bevölkerung die zunächst in Betracht kommende Folge einer so enormen Erhöhung der Löhne.

tober, sowie je 60 Millionen am 15. November und 15. Dezember. Die Reparationskommission gewährte aber diese sogenannte Erleichterung für Deutschland nur unter zwei Bedingungen, einmal, daß die Reichsregierung bis zum 31. Mai 1922 60 Milliarden neue Steuern aus dem Boden stampfen solle, und zum andern, daß sie sich verpflichten müsse, eine Finanzkontrolle der Entente über sich ergehen zu lassen. Die Reichsregierung lehnte die letztere Verpflichtung ablehnend ab, erklärte sich aber bereit, den Stand der schwebenden Schuld vom 31. März als grundsätzliche Norm gelten zu lassen, und jede Ueberschreitung dieser Norm sofort durch besondere Einnahmen zu decken, unter Mitteilung der in Aussicht genommenen Finanzmaßregeln an die Reparationskommission. Außerdem wollte die Berliner Regierung der Entente ein „Informationsrecht“ gegenüber der deutschen Finanzverwaltung bewilligen, aber dieses nur unter der Voraussetzung, daß eine internationale Anleihe zustande käme. Da diese inzwischen zu Wasser geworden ist, so wäre eigentlich der ganze neue Zahlungsplan hinsichtlich der deutschen Reichsregierung als erledigt anzusehen. Die „endgültige“ Entscheidung der Reparationskommission hat nunmehr das Ende der Verhandlungen überhaupt bewirkt.

Aus der deutschen Note geht klar hervor, daß es gleichbedeutend mit der völligen Berrüttung des finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens Deutschlands sein würde, wenn die Reichsregierung gezwungen wäre, weiterhin ausländische Zahlungsmittel in einem auch nur annähernden Umfange wie bisher zum Zwecke der Abführung der Reparationslasten anzuschaffen. Diese Feststellung ist mit erkennenlicher Offenheit gemacht. Um so mehr muß es dann aber bedauern sein, daß die Note zur Abhilfe wiederum nur Vorläufe zu machen weiß, die sich nicht über den Charakter eines augenblicklichen Notbehelfes erheben: der am 15. Juli fällige Betrag soll im Besitz der Reichsregierung verbleiben und die beiden nächsten Jahre von Verzählungen freigehalten werden. Auf solche Weise wird doch nichts als eine neue kurze Waagenfrist erzielt, während die auf den Kopf geschlagene Not mit aller Gewalt darauf hindrängt, daß nun endlich großzügige Maßnahmen ergriffen werden: Verabreichung der Gesamtschuld, eine längere, mindestens fünfjährige Frist, innerhalb deren Deutschland mit allen Zahlungen verlohnt bleibt, damit es sich gründlich erholen kann, eine internationale Anleihe zur Stabilisierung des Marktes. Dieser weitere Gesichtspunkt hätte in der deutschen Note mit aller Schärfe hervorgehoben werden müssen. Die Gelegenheit dazu wäre um so günstiger gewesen, als gerade jetzt das Interesse des Auslandes sich in ganz besonderer Weise auf die finanzielle Lage Deutschlands infolge des Marksturzes vermindert. Die deutsche Note spricht nur in ziemlich gedrückter Weise die Hoffnung auf eine Wiederaufnahme der Anleiheverhandlungen aus, ohne auf die unbedingte Notwendigkeit einer Anleihe im Zusammenhang mit den angebotenen beiden anderen Forderungen den gebührenden Nachdruck zu legen und diesen dreifachen Kern der Sache plastisch herauszujeheln.

Erwähnt wird die Lösung des Reparationsproblems durch die interalliierten Schulden, da Frankreich sich immer darauf beruft, daß es die deutschen Reparationen außer zum Wiederaufbau auch deshalb brauche, um seinen Verpflichtungen gegenüber England nachzukommen. Hier hat nun die „Times“ einen bemerkenswerten Vorschlag gemacht, dessen praktische Durchföhrung allerdings voraussetzt, daß auch Amerika ein Einsehen zeigt und seine Kriegszuforderungen an England in den Schornstein schiebt. Die Londoner Regierung soll danach Frankreich und Italien auffordern, ihre Schulden an England durch Bonds der Serie C der deutschen Reparationen zu tilgen. Mit diesen Bonds hat es folgende Bewandnis: Im Londoner Ultimatum wurden drei Arten von deutschen Schuldverschreibungen gefordert: 1. Für einen Betrag von 12 Milliarden Goldmark, auszustellen und zu übergeben bis 1. Juli 1921. 2. Für einen Betrag von 18 Milliarden Goldmark, auszustellen und zu übergeben bis 1. November 1921. 3. Für einen Betrag von 22 Milliarden Goldmark, auszustellen und zu übergeben ebenfalls bis 21. November 1921. Dies sind die Serien A, B und C. Die Schuldverschreibungen der Serie C sind ohne anhängende Kupons übergeben worden, und sie sollen von der Kommission erst ausgeben werden, wenn sie überzeugt ist, daß Deutschland zu ihrer Einlösung imstande ist. Die Kupons sind von Deutschland unmittelbar nach der Ausgabe der Schuldverschreibungen C nachzuliefern. Wenn nun England ohne Rücksicht darauf, ob Deutschland in der Lage ist, die Serie C einzulösen oder nicht, sich entschließen würde, für seine Forderungen an die beiden genannten Reiche die Bonds der Serie C anzunehmen und sich dadurch befriedigt zu erklären, und wenn ferner Amerika seine Forderungen an England um so viel vermindert, als der Anteil Englands an den deutschen Reparationen zuzüglich der von Frankreich und Italien geschuldeten Beträge ansmacht, so könnte England die ihm übergebenen Bonds der Serie C vernichten und zugleich auf seinen Anteil an den Reparationen Verzicht leisten, was für die deutsche Gesamtschuld eine fühlbare Erleichterung bedeuten würde. Ein gangbarer Weg zur Erleichterung der deutschen Reparationslast ist von dem Londoner Ultimatum in solcher Weise tatsächlich gewesen worden. Er kann aber nur zum Ziele führen, wenn Amerika mitmacht, und das ist im Augenblick noch ganz zweifelhaft. Doch selbst, wenn Amerika im entscheidenden Punkte, dem Schuldverschreibungen an England, versagt, so wäre es für uns schon ein nicht zu unterschätzender Vorteil, falls die englische Regierung sich mit der Beilegung der französischen Schulden durch Bonds der Serie C einverstanden erklärt; denn dann wäre den Franzosen eine Waffe entzogen, die sie bisher immer gegen uns angewandt haben, um ihrem hartnäckigen Widerstand gegen die Verabreichung der deutschen Gesamtschuld den Ansehen des Notwehrrechtes zu verleihen. In englischen Händen wären die Bonds für uns weniger drückend als im Besitze der unter französischem Einfluß stehenden Reparationskommission. Die Anregung der „Times“ beweist, daß die Frage des interalliierten Schuldenausgleichs im Rahmen des Reparationsproblems hart in den Vordergrund tritt.

Neue schwere Lasten für Deutschland.

Berlin, 13. Juli. Wie von amtlicher deutscher Stelle mitgeteilt wird, hat im Hinblick auf die steigenden Lebensmittelpreise in Deutschland die Finanzkommission der Vorkonferenz, die Bezüge der Militärlöhner der interalliierten Militärkontrollkommission in Deutschland für Juni und Juli folgendermaßen festgesetzt: 1. Für den vorstehenden General einen Monatsgehalt von 103 800 M., bisher 71 950 M., 2. Für sonstige Generale, Obersten und Oberleutnants 76 475 M., bisher 58 025 M., 3. Für Majore in der Stellung eines Abteilungschefs 54 625 M., bisher 37 875 M., 4. Für sonstige Majore 49 175 M., bisher 34 100 M., 5. Für Hauptleute, Leutnants und Unterleutnants 46 425 M., bisher 32 000 M., 6. Für Unteroffiziere 25 250 M., bisher 17 500 M., 7. Für Gemeine 15 300 M., bisher 10 600 M. Hierbei ist zu beachten, daß die Angehörigen der Kommission außerdem noch das Gehalt bzw. den Sold beziehen, den sie in ihrem Heimatlande erhalten. Diese Summe muß ihnen die deutsche Regierung in der hochwertigen fremden Valuta ausbezahlen.

Amerika glaubt an einen baldigen Umschwung in Rußland.

London, 13. Juli. Nach den letzten Nachrichten aus dem Haag ist man hier von dem Scheitern der Haager Konferenz überzeugt. Dem „New York Herald“ wird aus Washington gemeldet, man betrachte das Scheitern der Haager Konferenz als Vorzeichen für den beschleunigten Sturz der Sowjets und glaube, daß das russische Regime das laufende Jahr nicht überdauern werde.

Annahme des Gesamtetats im Sächsischen Landtage.

Die Kommunisten stimmen dafür — sämtliche bürgerliche Parteien dagegen.

119. Sitzung.

Dresden, 13. Juli 1922.

Am Regierungstisch: Ministerpräsident Bud, Innenminister Ripstki, Wirtschaftsminister Feilich, Arbeitsminister Niskan.

Punkt 1 der heutigen Tagesordnung betrifft die Strafverfolgung von Abgeordneten.

Die Kammer beschließt mit Stimmenmehrheit, die Strafverfolgung der Abgeordneten Reichle (Soz.) und Kemner (Komm.) nicht zu genehmigen. Es handelt sich bei Reichle um eine Widerklage wegen Verleumdung, bei Kemner um zwei Fälle von Verleumdung. Daraus werden verschiedene Staatsbaushaltangelegenheiten erledigt. Bei Kap. 110 (M u a l a g e) werden die Einkünfte mit 3 968 316 Mark im Rechnungsjahre 1921 und mit 4 155 407 Mark im Rechnungsjahre 1922 genehmigt.

Der Landtag tritt nun in die Beratung der Gesetze über den Staatshaushalt für 1921 und 1922 ein.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) beantragt im Namen der Haushaltausschüsse auf Grund der gefassten Beschlüsse in § 1 die Summe der Gesamteinnahmen und -Ausgaben des ordentlichen Staatshaushalts 1921 statt auf 2 147 566 414 Mark auf 2 507 496 415 Mark festzusetzen und den Gesetzentwurf im übrigen unverändert nach den bei der zweiten Beratung am 6. Juli gefassten Beschlüssen anzunehmen.

Eine Erklärung der Demokraten und des Zentrums.

Abg. Dr. Seyfert gibt namens seiner Fraktion und des Abg. Hehllein (Zentr.) folgende Erklärung ab:

Die außenpolitische und wirtschaftliche Not unseres Volkes fordert dringend den Zusammenschluß aller, die bereit sind, auf dem Boden der Reichsverfassung zum Schutze der Republik einzutreten. Aus dieser Gemeinschaft schließen sich diejenigen rechtsstehenden Kreise aus, die in Wort und Tat den neuen Staat bekämpfen. Zu ihr gehören aber auch die Kommunisten nicht, die ebenfalls die demokratische Republik bekämpfen, die sogar die zu deren Schutz unternommenen Demonstrationen benehmen haben, um für ihre Partei und Sonderziele zu agitieren. Unsere Bereitwilligkeit zu einer politischen Arbeitsgemeinschaft haben wir in diesem Hause kundgetan am 11. Mai, am 27. Juni, am 4. Juli; aber wir sind in Rücksicht auf die durch die Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau hervorgerufenen besorgniserregenden Vorgänge weiter gegangen und haben in den letzten Tagen mündlich und in einem Schreiben an die Fraktion der S. P. D. und an einer wohlwollenden Neutralität bereit erklärt unter der Voraussetzung, daß

1. die Gemeinschaft mit der kommunistischen Partei wie im Reich, so auch in Sachsen gelöst werde;

2. daß innerhalb einer bestimmten Frist auch ohne Volksentscheid der Landtag aufgelöst werde, wenn anders es nicht gelingt, eine Neugruppierung der Parteien in ihrem Verhältnis zur Regierung herbeizuführen;

3. daß das Gesetz über die Hilfspolizei, in dem die Kommunisten, wie der Abg. Grube geltend hier festgestellt hat, die Bewaffnung der Arbeiter begründen, zurückgezogen, mindestens in der vorliegenden Form zurückgezogen werde.

Aus der Antwort die wir erhalten haben, geht hervor, daß die Fraktion eine Entscheidung jetzt nicht geben kann oder will, sich diese für später vorbehält. Damit aber fällt für uns die Möglichkeit, heute für das Staatshaushaltsgesetz zu stimmen. An der Überzeugung, daß unsere Forderung einer politischen Arbeitsgemeinschaft der die Verfassung achtenden Republikaner sich doch noch erfüllen muß, halten wir fest.

Abg. Stewert (Komm.): Die Vorgänge in Juidau hätten gezeigt, daß die sächsische Landespolizei umgewandelt werden müsse, wenn diese Polizei tatsächlich dem Schutze des Proletariats dienen solle. Die sozialistische Regierung habe die Pflicht, ihre Staatsanrichtungen in den Dienst des Proletariats zu stellen. Die Bourgeoisie habe materielle Mittel, sich selbst zu schützen. Die Forderungen seiner Partei seien noch nicht erfüllt, aber die sächsische Regierung habe in letzter Zeit den leisen Versuch unternommen, die Polizei umzubilden und mit der Arbeiterklasse und den Kommunisten gemeinsam den Anschlag der Reaktion zurückzuweisen. Wenn die sozialistische Regierung auch ein zureichender Stützpunkt der Arbeiterklasse sei, so müsse sie doch in der gegenwärtigen Situation gekippt werden. Die Kommunisten würden daher den Bürgerlichen den Gefallen nicht tun, den Etat abzulehnen. (Ruf aus rechts: Umfall!) Von der Regierung erwarte keine Fraktion, daß sie alles unternahme, Sachsen zu einem proletarischen Staatsapparat zu machen. Dann würden die Kommunisten sie weiter unterstützen. Sei dies aber nicht der Fall, so würden die Kommu-

nisten Gelegenheit nehmen, eine andere Stellung einzunehmen. (Gelächter rechts.)

Der Antrag der Haushaltausschüsse A und B wird gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Damit ist das Finanzgesetz für 1921 verabschiedet.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) berichtet alsdann namens der Haushaltausschüsse über das Gesetz zum Staatshaushalt 1922. Er beantragt in § 1 die Summe der Gesamteinnahmen und -Ausgaben des ordentlichen Staatshaushalts auf Grund der gefassten Beschlüsse statt auf 2 313 545 278 Mark auf 3 180 806 278 Mark und den Gesamtbetrag für außerordentliche Staatsausgaben statt auf 377 442 566 Mark auf 642 085 566 Mark festzusetzen. Die Sätze 1 und 2 vom § 18, des Vollzugs-Gesetzes zum Landessteuergesetz werden unter gleichzeitiger Streichung der Sätze 3 und 4 desselben Absatzes durch nachstehende Vorschrift ersetzt: „Zum Zwecke des Lastenausgleichs unter den Gemeinden und unter den Bezirksverbänden wird ein

Ausgleichsfond

gebildet. In diesem sollen stehen 10 v. H. des Anteils des Staates an dem Ertrage der Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zum Höchstbetrage von 100 Millionen Mark jährlich.“

Abg. Blüher (D. Sp.) schlägt vor, die Vorschrift zu streichen, nach der die Gemeinden zur Abführung eines Teiles der Gewerbe- und Umsatzsteuer in den Ausgleichsfond verpflichtet sind. Die Beträge, die durch die Beschränkung des Ausgleichsfonds frei werden, sollen auf den Staat und die Gemeinden je zur Hälfte verteilt werden und nicht allein dem Staate zufließen. Er verkenne nicht die Finanznot des Staates, aber die der Gemeinden sei nach seiner Kenntnis der Dinge noch größer. Die Gemeinden hätten außerordentlich schwer unter den Kassen, die ihnen vielfach gegen ihren Willen auferlegt würden.

Finanzminister Feldt

wendet sich gegen den Vordränger. Der Antrag Blüher vertrete Gemeindevorkampfpolitik. Die großen Gemeinden sollten auf Kosten des Staates und der kleinen Gemeinden bereichern. Ueber die Finanzlage des Staates führt der Minister u. a. folgendes aus: In der Tat sei man in der Lage gewesen, den Etat für 1921 um 250 Mill. Mark und für 1922 sogar um 204 Mill. Mark heraufzusetzen, weil die Ueberweisungen aus den Reichsteuern höher gewesen seien. In den Freudenbader müsse er aber einen großen Sturzbad Wasser gießen. Es liege keine Veranlassung vor, anzunehmen, daß sich durch die Mehrüberweisungen in Wirklichkeit die Finanzlage des Staates verbessert habe. Wenn die Pläne des Reiches durchgeführt würden, so könnte das eine katastrophale Wirkung haben. Wenn man mit dem Reiche nicht zu einer anderen Regelung komme, werde man die Staatsfinanzen nicht aufrechterhalten können. Man müsse erneut alles tun, um die Ausgaben so viel als möglich einzuschränken. Insbesondere solle die Frage geprüft werden, in welcher Form es möglich sei, neue Zusammenlegung von Beamtenstellen vorzunehmen. Unter den jetzigen Verhältnissen müßten die Parteien dazu kommen, gewisse Programmpunkte zurückzuziehen. Er bitte, sich auf dieser Linie zusammenzufinden, damit das Allererste, der Zusammenbruch, vermieden werde.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) beantragt, daß in den Ausgleichsfond jährlich 150 Millionen Mark als Anteil des Staates am Ertrage der Einkommen- und Körperschaftsteuer fließen. Von einer Sparkommission zur Zusammenlegung von Beamtenstellen verspreche er sich nicht viel. Vor allen Dingen sollten Arbeits- und Wirtschaftsminister zusammengelegt werden. Er warne davor, die Lage der Staatsfinanzen günstig zu beurteilen, müße sich aber auch gegen den Antrag der Ausschüsse zum Ausgleichsfond wenden. Dieser wolle den den Gemeinden durch das Landessteuergesetz garantierten Ausgleichsfond einfach fortnehmen und ihn dem Staate zuschlagen. Die Not der Gemeinden sei so groß, daß sie nicht wüßten, woher sie noch ihre Gehälter nehmen sollten.

Die Abg. Franz (Soz.) und Lunger (Unabh.) vertreten den Antrag der Ausschüsse, während Abg. Beutler (D. N.) den Ausführungen Blühers zustimmt. Die Mittel, die dem Ausgleichsfonds zufließen sollten, seien für die Bedürfnisse der Gemeinden bestimmt, nicht für die Bedürfnisse des Staates. Der Staat sei stets kreditwürdiger, als die kleinen Gemeinden. Daher müsse man dafür sorgen, daß die kleinen Gemeinden nicht zusammenbrechen. In einer Kammer, die nur nach politischen Momenten entscheide, habe man mit einer Sparkommission kein Glück.

Nach der Ablehnung der Anträge Blüher und Dr. Reinhold werden die Anträge der Ausschüsse gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Damit ist das Finanzgesetz 1922 verabschiedet.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines

Handels- und Gewerbekammer

Abg. Orellmann (D. N.) als Berichterstatter des Rechtsausschusses beantragt, den Entwurf mit einigen Änderungen anzunehmen. Von Dr. Herrmann (D. Sp.) liegt ein Minderheitsantrag vor, daß Hunde im Alter bis zu sechs Monaten (nicht zwei) steuerfrei sein sollen. Dr. Wagner (D. N.) beantragt, daß die Gemeinden berechtigt sein sollen, den Steuerfuß nicht um das Zehnfache, sondern nur um das Fünffache zu erhöhen. Die Minderheitsanträge werden abgelehnt, die Ausschüsseanträge angenommen.

Dem Vorschlage der Regierung, das Seminar Stolberg in eine Oberschule mit zwei Fremdsprachen unter Angliederung von Aufbaugängen umzuwandeln, wird ohne Aussprache zugestimmt.

Ebenfalls ohne Aussprache wird die dritte Abänderung des Gesetzes über die

Handels- und Gewerbekammer

genehmigt. Danach wird die Einkommensgrenze zwischen den beiden Klassen für 1920 auf 36 000 Mark, nach dem Rechnungsjahre 1920 aber auf 60 000 Mark festgesetzt.

Die Kammer verabschiedet sodann nach den Anträgen des Rechtsausschusses die weitere Änderung der Lohnordnung für Rechtsanwälte und Notare und genehmigt den Personen- und Befoldungsplan der Landesbrandversicherungsanstalt auf die Jahre 1921 und 1922.

Abg. Dr. Eckardt (D. N.) berichtet im Namen der Haushaltausschüsse B über die Eingaben der Invaliden und Witwen Deutschlands, Gau Sachsen, und der Sächsischen Invalidenvereinigungen Groß-Dresden um Bereithaltung eines Betrages von 50 Millionen Mark zur Verringerung der

Kostlage der Invaliden Sachsens.

Der Redner beantragt, soweit Sozialrentner in Frage kommen, die Eingaben durch die letzten Maßnahmen des Reiches als erledigt zu erklären, ferner die Regierung zu ersuchen, erneut bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, um den notleidenden Rentenlosen zu helfen.

Abg. Granz (Komm.) beantragt, zur Verringerung der Kostlage der Sozialrentner und Rentenlosen sofort 50 Millionen Mark bereitzustellen.

Arbeitsminister Niskan

nimmt zu der Angelegenheit Stellung. Da das Reich die Rückzahlung früher gewährter Beträge abgelehnt hat, so habe das Finanzministerium keine Reue, abermals Mittel bereitzustellen. Die erste Pflicht, für die Sozialrentner zu sorgen, liege dem Reiche ob. Der Minister vertritt aber, daß die sächsische Regierung allen ihren Einfluß auszuüben werde, um das Los der Rentenempfänger zu erleichtern.

Der Antrag des Haushaltausschusses B wird angenommen. Der kommunistische Antrag geht nach Befürwortung durch die Abg. Schürig (Soz.), Sachse (Unabh.) und Dr. Eckardt (D. N.) an den genannten Ausschuss.

Die kommunistische Fraktion stellt folgenden Antrag: Da die zum Schutze gegen die Reaktion notwendigen Sicherheitsmaßnahmen, die im Berliner Abkommen der Spitzenorganisationen enthalten sind, bisher nicht durchgeführt sind, bleibt der Landtag solange zusammen, bis alle hierzu vorliegenden Anträge und Vorlagen erledigt sind.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Berichtung des Landtages.

Präsident Fröhndorf teilt mit, daß in Aussicht genommen sei, den Landtag bis auf weiteres zu vertagen. Am 29. August solle eine Sitzung stattfinden, in der das Volksbegehren zur Tagesordnung gestellt werde und sonstige dringliche Angelegenheiten. Sollten sich die Dinge so gestalten, daß der Landtag früher einberufen werden müsse, so werde er dies tun.

Die Kammer beschließt noch, den Ausschuss für die Gemeindeordnung zu einem Sonderauschuss umzugestalten und wählt in den nach Artikel 23 der Verfassung während der Vertagungszeit erforderlichen

Zwischenausschuss

folgende Abgeordnete: Birth (Soz.), Bittler (Soz.), Dr. Senfert (Dem.), Anders (D. Sp.), Müller, Feipia (Unabh.), Müller, Chemnitz (Soz.), Hofmann (D. N.), Schneller (Komm.), Blüher (D. Sp.), Beutler (D. N.), Muder (Unabh.), Granz (Komm.), Lunger (D. Sp.), Dr. Wagner (D. N.) und Fröhndorf (Soz.).

Präsident Fröhndorf wünscht zum Schluß den Kollegen gute Erholung, die, soweit er sehe, auch hier dringend nötig sei, damit die Herren wieder zur Ruhe kämen und man die Sitzungen wieder mit größerer Anbe erlebigen könne. (Heiterkeit.) Im übrigen wünsche er aber auch dem Lande, daß es vor weiteren Erschütterungen und Schädigungen verschont bleibe und man nicht notwendig habe, den Landtag früher zusammenzurufen.

Darauf vertagt sich der Landtag.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theaterplan für heute. Opernhaus (geschlossen). Schauspielhaus: „Frau Suttner“ (Schluß der Burgtheater) (18). Musiktheater Schauspielhaus: „Alexandro Stradella“ (18). Residenztheater: „Der blonde Engel“ (18). Central-Theater: „Hörstener“ (18).

† Albert-Theater-Cyber im Residenztheater Schauspielhaus. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wird die Oper „Alexandro Stradella“ aufgeführt. Stradella: Friedrich Schöfel; Leonore: Angela Sidron.

† Der „Dresdner Orpheus“, gegründet 1834, legt seinen Bericht über das 88. Vereinsjahr 1921/22 im Druck vor. Er widmet zuerst seinem nach 28 Jahren aus dem Amte geschiedenen Dirigenten Prof. Albert Kluge warme Worte des Dankes und der Würdigung. Nicht nur künstlerisch, sondern auch in der Mitgliederzahl stieg die Bedeutung des Vereins unter Kluge. 60 Sänger (100 Mitglieder) zählte er 1893, dagegen 170 (370) zur Zeit von Kluges Rücktritt, obwohl in der gleichen Zeit die Zahl der Männergesangsvereine in Dresden von 30 auf 86 gestiegen ist. — Der Bericht fährt eingehend die Konzert- und Gesangsaktivität des „Orpheus“ vor Augen, schildert die Sängereinfahrt nach Marienberg und verzeichnet die Mitwirkung an Wohlthatigkeitsveranstaltungen und fremden Konzerten. Zum Nachfolger Kluges wurde Dr. Heinz Anzill, zunächst als Chormeister, gewählt, der sein Amt am 1. Februar 1922 antrat. Albert Finke wurde zum stellvertretenden Chormeister ernannt. Von Sommer- und Winterfesten wird berichtet, von Ehrungen verdienter Mitglieder, musikalischen Genüssen, aber auch von fleißiger Probenarbeit und von Übungen. Am Schluß des Berichtsjahres zählte der Verein 392 Mitglieder. Der Rechnungsabluß war günstig. Als ältester Dresdner Männerchor steht der „Orpheus“ an Jugendfrische und Regelmäßigkeit keinem jüngeren nach. Ein sorgfältig gegliedertes Mitgliederverzeichnis beschließt den Bericht.

† Kurtheater Warmbrunn. „Das neue Reich“, ein Drama in 6 Akten von Max Adler in Dresden, gelangte unter der Direktion Alfred Richter-Anschütz und in der Inszenierung von Oberspielleiter Hans Moebes im Reichsgesellschaftlichen Kurtheater in Warmbrunn im Riesengebirge zur Uraufführung. Das Werk hatte einen starken Publikumerfolg.

† Mitgabe der zoologischen Station in Neapel an Deutschland. Die weltberühmte deutsche zoologische Station in Neapel, die als Eigentum D. N. Dohrn während des Krieges von der Gemeinde Neapel mit Beschlag belegt worden war, ist durch eine Entscheidung des Gerichts dem Eigen-

tümer wieder zugesprochen worden. Der Gerichtshof verurteilte die Gemeinde zur Rückzahlung und zum Schadenersatz.

† Die verwaiste Wiener Universität. An der Wiener Universität sind derzeit 22 Verwaistkinder, in der philosophischen Fakultät 15, in der juristischen 5 und in der medizinischen 2, teils infolge Ablebens der Ordinarien, teils infolge Ueber-siedelung nach dem Auslande, frei. Das Professorenkollegium und die staatliche Unterrichtsverwaltung geben sich die größte Mühe, diese Verwaistkinder zu befehlen und ausländische, insbesondere reichsdeutsche Gelehrte nach Wien zu berufen, insbesondere aber der schlechten wälschen und böhmischen Verhältnisse wegen die betreffenden Gelehrten nicht bewegen, sich in Wien niederzulassen.

† Max Liebermanns künstlerisches Glaubensbekenntnis. Max Liebermann, dessen 75. Geburtstag am 20. Juli gefeiert wird, veröffentlicht im neuesten Heft von „Kunst und Künstler“ ein höchst bedeutames künstlerisches Bekenntnis, das er „Ein Credo“ nennt. Der greise Meister, der hier auch zu den neuesten Kunstströmungen temperamentvoll Stellung nimmt, läßt uns in diesen Aufzeichnungen einen tiefen Blick in den Urgrund schöpferischen Schaffens tun. „Es leuchtet von selbst ein, daß die Form die Grundlage aller bildenden Kunst ist“, schreibt er. „Aber sie ist viel mehr: sie ist auch das Letzte und Höchste. Ohne sie wären — um die spezifischsten Maler zu nennen — Tizians oder Tintoretts, Rubens' oder Rembrandts, Goya oder Manets Bilder — verfluchte Leppiche. Es wären lebende Bilder, aber keine Bilder, die leben. Denn sie hätten keine Seele. Was aber löst der Form die Seele ein? Was bewirkt, daß ein paar Dierogalphen auf einem Stück Papier oder ein paar farbige Flecken auf der Leinwand uns höchstes seelisches Empfinden suggerieren können? Was anders, als der Geist, der dem Stoff, dem Pinsel Leben einflößt hat. Nur der Geist schafft die Wirklichkeit. Diese Erkenntnis, die seit unseren klassischen Kunsttheoretikern, seit Lessing, Schiller, Schelling zum ewigen Bestand der Kunsttheorie gehört, wird in neuester Zeit ebenso mißverstanden wie mißbraucht, um mit ihr auch das Dummste und Aberranteste nicht nur zu entschuldigen, sondern sogar als vorbildlich hinzustellen.“ Des weiteren wendet sich dann Liebermann gegen die falsche und einseitige Auffassung dessen, was man Impressionismus nennt: „Es ist einer der schwerwiegendsten und deshalb kaum zu entschuldigenden ästhetischen Denkfehler, anzunehmen, daß der Maler, je getreuer er die Wirklichkeit darstelle, desto weniger visionär wäre, daß der Realist oder Impressionist nur die Natur abmale, der Idealist oder Expressionist seine Vorstellung der Natur gäbe. Nicht die mehr oder minder

getreue Wiedergabe der Natur ist das Kriterium für Wahrnehmungsbild oder Vorstellungsbild, sondern die Größe und die Kraft der künstlerischen Persönlichkeit ist das Entscheidende. Die exakte Wirklichkeitswiedergabe der Camera macht ebensowenig ein Kunstwerk, wie die Verzerrung ein Pferd zu einem Rhinoceros. Ob sich ein Künstler der objektiven Wirklichkeit, so viel er's vermag, nähert, oder sich von ihr entfernt, ist ganz gleichgültig. Ob er ein Künstler ist oder nicht, ob er Kopist der Wirklichkeit oder Schöpfer eines Neuen, seiner Wirklichkeit ist: das ist das Entscheidende.“ Und für das Wesen der bildenden Kunst findet er die wunderbaren Sätze: „Alle bildende Kunst (ebenso die Poesie) ist Gleichnis. Woher anders als aus der Natur kann das Symbol für das Gleichnis genommen werden? Die Phantasie des Künstlers muß den Stoff zu ihren Symbolen von den Sinnen und diese wieder müssen ihn von der Natur nehmen. Wenn es keine Wirklichkeit gäbe, könnte es keine Kunst geben, wie es keine Sonne gäbe, wenn unser Auge sie nicht läßt.“

† Der Spielplan der Sowjet-Bühnen. In einem Aufsatz der „Freien Deutschen Bühne“ teilt Ivan Javali Genaueres über den sonst wenig bekannten Spielplan der Sowjet-Bühnen mit. Die modernen Dramendichter haben leider verfaßt, und es ist bezeichnend, daß die Arbeiterklasse von Smolensk gegen die Rhetorik des tiefpessimistischen und rein anarchischen Leonid Andrejew protestierte und sie vom Volkstheater verbannt wissen wollte, weil sie abschreckend wirkte. Unter den Klassikern ist besonders Schafepars „Julius Caesar“ beliebt, unter modernen Dramen der „Brand“, Häufig erscheinen auf dem Repertoire Schillers „Wilhelm Tell“ und „Die Räuber“, Calderons „Die im Jenseits“, Gogols „Revisor“ und „Der Irre“, ferner einige Stücke von Dostoiwki, und besonders beliebt wird Verhaerens „Aufbruch“. Mit Hebbel und Strindberg weiß man wenig anzufangen, dagegen ist Romain Rollands bei uns fast unbekannt. „Belagerung der Bastille“ ein Hauptstück, das jedes Provinztheater auf sein Repertoire gesetzt hat. Einige Paratiker haben natürlich versucht, reine Agitationsliteratur aufzuführen, wie „Der rote Winkel“ oder „Um die roten Sowjets“. Zum Ruhme der Postfouer Bühnen muß aber gesagt werden, daß diese Agitation bei ihnen nie den ersten Platz einnahm. Selbstverständlich hat der Geschmack der großen Masse mit solchen Anstrengungen, ein künstlerisches Repertoire durchzuführen, nicht Schritt gehalten. So sagt z. B. das in Jwanowo-Bosnesensk erscheinende Blatt „Arbeiterreich“, daß das dortige Volkstheater lauter Pöbel aufführe, wie z. B. „Der ständige Offiziersburleske“ oder „Kammereisba mit Sord“, worauf dann Tanzbelustigungen stattfinden.

119. Sitzung

Dresdner Nachrichten
Freitag, 14. Juli 1922

Seite 3

Aus der Tätigkeit der Handelskammer Dresden.

Die Reichsmontopolverwaltung für Branntwein beabsichtigt, den Preis für veräfflichten Branntwein ein, der zur Verfeinerung von Bad benutzt wird, bedeutend zu erhöhen. Die Handelskammer wandte sich in einer Eingabe an das Wirtschaftsministerium...

Dividende erfordert etwa nur ein Drittel des Reingewinns. Der allgemeine und außerordentliche Reserverfonds erhalten zusammen 261 Millionen, die Immobilienreserve 100 Millionen, verschiedene soziale Fonds 225 Millionen Kronen.

Tredner keramische Industrie, A.-G., Dresden. Der Aufsichtsrat bringt der auf den 8. August einzuberufenden außerordentlichen Hauptversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 25 Millionen auf 7 Millionen Mark in Vorschlag.

Continental Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg. Aus der Tagesordnung der Hauptversammlung vom 28. d. M. geht u. a. ein Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals um 2 Millionen Mark auf den Inhaber lautender Vorkursaktien und über Bestätigung der Rechte der Vorkursaktien.

Vereinigte Sächsische Kleinbahnen A.-G. zu Rölln a. Rh. Am Geschäftsjahre 1921 erlitt die Gesellschaft einen Verlust von 221.007 M., wodurch sich der Gesamtverlustvortrag auf 425.094 Mark erhöhte.

Todesfall. Im Alter von 71 Jahren starb nach schwerem Leiden der seit langjähriger Direktor der Vogtländischen Bank, Plauen, Kommerzienrat Emil Schreyer, der seit 45 Jahren in dem Bankinstitut tätig war und bei seinem 1917 erfolgten Ausscheiden von seinem Direktorsposten in den Aufsichtsrat der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt übertrat.

Varnostverpflichtung von Warenumschließungen, Verpackungsmaterial. Es handelt sich um die Varnostverpflichtung für Warenumschließungen, Verpackungsmaterial für Luxusfeuerwerkliche Waren, bestehend in roten Seidstoffen, Federn und Papier.

Die Verkaufsstelle Vereinsten Jockisten Hollerier Lehmannstraße, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (S. S. G.), Berlin, teilt mit, daß sie die Feuerungsauflage auf Erlöse 11 vom 1. April 1922 mit sofortiger Wirkung auf folgende Prozente erhöht hat: 6. G. H., 2. G. H. 2., 3. G. H., 4. G. H., 5. G. H., 6. G. H., 7. G. H., 8. G. H., 9. G. H., 10. G. H., 11. G. H., 12. G. H., 13. G. H., 14. G. H., 15. G. H., 16. G. H., 17. G. H., 18. G. H., 19. G. H., 20. G. H., 21. G. H., 22. G. H., 23. G. H., 24. G. H., 25. G. H., 26. G. H., 27. G. H., 28. G. H., 29. G. H., 30. G. H., 31. G. H., 32. G. H., 33. G. H., 34. G. H., 35. G. H., 36. G. H., 37. G. H., 38. G. H., 39. G. H., 40. G. H., 41. G. H., 42. G. H., 43. G. H., 44. G. H., 45. G. H., 46. G. H., 47. G. H., 48. G. H., 49. G. H., 50. G. H., 51. G. H., 52. G. H., 53. G. H., 54. G. H., 55. G. H., 56. G. H., 57. G. H., 58. G. H., 59. G. H., 60. G. H., 61. G. H., 62. G. H., 63. G. H., 64. G. H., 65. G. H., 66. G. H., 67. G. H., 68. G. H., 69. G. H., 70. G. H., 71. G. H., 72. G. H., 73. G. H., 74. G. H., 75. G. H., 76. G. H., 77. G. H., 78. G. H., 79. G. H., 80. G. H., 81. G. H., 82. G. H., 83. G. H., 84. G. H., 85. G. H., 86. G. H., 87. G. H., 88. G. H., 89. G. H., 90. G. H., 91. G. H., 92. G. H., 93. G. H., 94. G. H., 95. G. H., 96. G. H., 97. G. H., 98. G. H., 99. G. H., 100. G. H., 101. G. H., 102. G. H., 103. G. H., 104. G. H., 105. G. H., 106. G. H., 107. G. H., 108. G. H., 109. G. H., 110. G. H., 111. G. H., 112. G. H., 113. G. H., 114. G. H., 115. G. H., 116. G. H., 117. G. H., 118. G. H., 119. G. H., 120. G. H., 121. G. H., 122. G. H., 123. G. H., 124. G. H., 125. G. H., 126. G. H., 127. G. H., 128. G. H., 129. G. H., 130. G. H., 131. G. H., 132. G. H., 133. G. H., 134. G. H., 135. G. H., 136. G. H., 137. G. H., 138. G. H., 139. G. H., 140. G. H., 141. G. H., 142. G. H., 143. G. H., 144. G. H., 145. G. H., 146. G. H., 147. G. H., 148. G. H., 149. G. H., 150. G. H., 151. G. H., 152. G. H., 153. G. H., 154. G. H., 155. G. H., 156. G. H., 157. G. H., 158. G. H., 159. G. H., 160. G. H., 161. G. H., 162. G. H., 163. G. H., 164. G. H., 165. G. H., 166. G. H., 167. G. H., 168. G. H., 169. G. H., 170. G. H., 171. G. H., 172. G. H., 173. G. H., 174. G. H., 175. G. H., 176. G. H., 177. G. H., 178. G. H., 179. G. H., 180. G. H., 181. G. H., 182. G. H., 183. G. H., 184. G. H., 185. G. H., 186. G. H., 187. G. H., 188. G. H., 189. G. H., 190. G. H., 191. G. H., 192. G. H., 193. G. H., 194. G. H., 195. G. H., 196. G. H., 197. G. H., 198. G. H., 199. G. H., 200. G. H., 201. G. H., 202. G. H., 203. G. H., 204. G. H., 205. G. H., 206. G. H., 207. G. H., 208. G. H., 209. G. H., 210. G. H., 211. G. H., 212. G. H., 213. G. H., 214. G. H., 215. G. H., 216. G. H., 217. G. H., 218. G. H., 219. G. H., 220. G. H., 221. G. H., 222. G. H., 223. G. H., 224. G. H., 225. G. H., 226. G. H., 227. G. H., 228. G. H., 229. G. H., 230. G. H., 231. G. H., 232. G. H., 233. G. H., 234. G. H., 235. G. H., 236. G. H., 237. G. H., 238. G. H., 239. G. H., 240. G. H., 241. G. H., 242. G. H., 243. G. H., 244. G. H., 245. G. H., 246. G. H., 247. G. H., 248. G. H., 249. G. H., 250. G. H., 251. G. H., 252. G. H., 253. G. H., 254. G. H., 255. G. H., 256. G. H., 257. G. H., 258. G. H., 259. G. H., 260. G. H., 261. G. H., 262. G. H., 263. G. H., 264. G. H., 265. G. H., 266. G. H., 267. G. H., 268. G. H., 269. G. H., 270. G. H., 271. G. H., 272. G. H., 273. G. H., 274. G. H., 275. G. H., 276. G. H., 277. G. H., 278. G. H., 279. G. H., 280. G. H., 281. G. H., 282. G. H., 283. G. H., 284. G. H., 285. G. H., 286. G. H., 287. G. H., 288. G. H., 289. G. H., 290. G. H., 291. G. H., 292. G. H., 293. G. H., 294. G. H., 295. G. H., 296. G. H., 297. G. H., 298. G. H., 299. G. H., 300. G. H., 301. G. H., 302. G. H., 303. G. H., 304. G. H., 305. G. H., 306. G. H., 307. G. H., 308. G. H., 309. G. H., 310. G. H., 311. G. H., 312. G. H., 313. G. H., 314. G. H., 315. G. H., 316. G. H., 317. G. H., 318. G. H., 319. G. H., 320. G. H., 321. G. H., 322. G. H., 323. G. H., 324. G. H., 325. G. H., 326. G. H., 327. G. H., 328. G. H., 329. G. H., 330. G. H., 331. G. H., 332. G. H., 333. G. H., 334. G. H., 335. G. H., 336. G. H., 337. G. H., 338. G. H., 339. G. H., 340. G. H., 341. G. H., 342. G. H., 343. G. H., 344. G. H., 345. G. H., 346. G. H., 347. G. H., 348. G. H., 349. G. H., 350. G. H., 351. G. H., 352. G. H., 353. G. H., 354. G. H., 355. G. H., 356. G. H., 357. G. H., 358. G. H., 359. G. H., 360. G. H., 361. G. H., 362. G. H., 363. G. H., 364. G. H., 365. G. H., 366. G. H., 367. G. H., 368. G. H., 369. G. H., 370. G. H., 371. G. H., 372. G. H., 373. G. H., 374. G. H., 375. G. H., 376. G. H., 377. G. H., 378. G. H., 379. G. H., 380. G. H., 381. G. H., 382. G. H., 383. G. H., 384. G. H., 385. G. H., 386. G. H., 387. G. H., 388. G. H., 389. G. H., 390. G. H., 391. G. H., 392. G. H., 393. G. H., 394. G. H., 395. G. H., 396. G. H., 397. G. H., 398. G. H., 399. G. H., 400. G. H., 401. G. H., 402. G. H., 403. G. H., 404. G. H., 405. G. H., 406. G. H., 407. G. H., 408. G. H., 409. G. H., 410. G. H., 411. G. H., 412. G. H., 413. G. H., 414. G. H., 415. G. H., 416. G. H., 417. G. H., 418. G. H., 419. G. H., 420. G. H., 421. G. H., 422. G. H., 423. G. H., 424. G. H., 425. G. H., 426. G. H., 427. G. H., 428. G. H., 429. G. H., 430. G. H., 431. G. H., 432. G. H., 433. G. H., 434. G. H., 435. G. H., 436. G. H., 437. G. H., 438. G. H., 439. G. H., 440. G. H., 441. G. H., 442. G. H., 443. G. H., 444. G. H., 445. G. H., 446. G. H., 447. G. H., 448. G. H., 449. G. H., 450. G. H., 451. G. H., 452. G. H., 453. G. H., 454. G. H., 455. G. H., 456. G. H., 457. G. H., 458. G. H., 459. G. H., 460. G. H., 461. G. H., 462. G. H., 463. G. H., 464. G. H., 465. G. H., 466. G. H., 467. G. H., 468. G. H., 469. G. H., 470. G. H., 471. G. H., 472. G. H., 473. G. H., 474. G. H., 475. G. H., 476. G. H., 477. G. H., 478. G. H., 479. G. H., 480. G. H., 481. G. H., 482. G. H., 483. G. H., 484. G. H., 485. G. H., 486. G. H., 487. G. H., 488. G. H., 489. G. H., 490. G. H., 491. G. H., 492. G. H., 493. G. H., 494. G. H., 495. G. H., 496. G. H., 497. G. H., 498. G. H., 499. G. H., 500. G. H., 501. G. H., 502. G. H., 503. G. H., 504. G. H., 505. G. H., 506. G. H., 507. G. H., 508. G. H., 509. G. H., 510. G. H., 511. G. H., 512. G. H., 513. G. H., 514. G. H., 515. G. H., 516. G. H., 517. G. H., 518. G. H., 519. G. H., 520. G. H., 521. G. H., 522. G. H., 523. G. H., 524. G. H., 525. G. H., 526. G. H., 527. G. H., 528. G. H., 529. G. H., 530. G. H., 531. G. H., 532. G. H., 533. G. H., 534. G. H., 535. G. H., 536. G. H., 537. G. H., 538. G. H., 539. G. H., 540. G. H., 541. G. H., 542. G. H., 543. G. H., 544. G. H., 545. G. H., 546. G. H., 547. G. H., 548. G. H., 549. G. H., 550. G. H., 551. G. H., 552. G. H., 553. G. H., 554. G. H., 555. G. H., 556. G. H., 557. G. H., 558. G. H., 559. G. H., 560. G. H., 561. G. H., 562. G. H., 563. G. H., 564. G. H., 565. G. H., 566. G. H., 567. G. H., 568. G. H., 569. G. H., 570. G. H., 571. G. H., 572. G. H., 573. G. H., 574. G. H., 575. G. H., 576. G. H., 577. G. H., 578. G. H., 579. G. H., 580. G. H., 581. G. H., 582. G. H., 583. G. H., 584. G. H., 585. G. H., 586. G. H., 587. G. H., 588. G. H., 589. G. H., 590. G. H., 591. G. H., 592. G. H., 593. G. H., 594. G. H., 595. G. H., 596. G. H., 597. G. H., 598. G. H., 599. G. H., 600. G. H., 601. G. H., 602. G. H., 603. G. H., 604. G. H., 605. G. H., 606. G. H., 607. G. H., 608. G. H., 609. G. H., 610. G. H., 611. G. H., 612. G. H., 613. G. H., 614. G. H., 615. G. H., 616. G. H., 617. G. H., 618. G. H., 619. G. H., 620. G. H., 621. G. H., 622. G. H., 623. G. H., 624. G. H., 625. G. H., 626. G. H., 627. G. H., 628. G. H., 629. G. H., 630. G. H., 631. G. H., 632. G. H., 633. G. H., 634. G. H., 635. G. H., 636. G. H., 637. G. H., 638. G. H., 639. G. H., 640. G. H., 641. G. H., 642. G. H., 643. G. H., 644. G. H., 645. G. H., 646. G. H., 647. G. H., 648. G. H., 649. G. H., 650. G. H., 651. G. H., 652. G. H., 653. G. H., 654. G. H., 655. G. H., 656. G. H., 657. G. H., 658. G. H., 659. G. H., 660. G. H., 661. G. H., 662. G. H., 663. G. H., 664. G. H., 665. G. H., 666. G. H., 667. G. H., 668. G. H., 669. G. H., 670. G. H., 671. G. H., 672. G. H., 673. G. H., 674. G. H., 675. G. H., 676. G. H., 677. G. H., 678. G. H., 679. G. H., 680. G. H., 681. G. H., 682. G. H., 683. G. H., 684. G. H., 685. G. H., 686. G. H., 687. G. H., 688. G. H., 689. G. H., 690. G. H., 691. G. H., 692. G. H., 693. G. H., 694. G. H., 695. G. H., 696. G. H., 697. G. H., 698. G. H., 699. G. H., 700. G. H., 701. G. H., 702. G. H., 703. G. H., 704. G. H., 705. G. H., 706. G. H., 707. G. H., 708. G. H., 709. G. H., 710. G. H., 711. G. H., 712. G. H., 713. G. H., 714. G. H., 715. G. H., 716. G. H., 717. G. H., 718. G. H., 719. G. H., 720. G. H., 721. G. H., 722. G. H., 723. G. H., 724. G. H., 725. G. H., 726. G. H., 727. G. H., 728. G. H., 729. G. H., 730. G. H., 731. G. H., 732. G. H., 733. G. H., 734. G. H., 735. G. H., 736. G. H., 737. G. H., 738. G. H., 739. G. H., 740. G. H., 741. G. H., 742. G. H., 743. G. H., 744. G. H., 745. G. H., 746. G. H., 747. G. H., 748. G. H., 749. G. H., 750. G. H., 751. G. H., 752. G. H., 753. G. H., 754. G. H., 755. G. H., 756. G. H., 757. G. H., 758. G. H., 759. G. H., 760. G. H., 761. G. H., 762. G. H., 763. G. H., 764. G. H., 765. G. H., 766. G. H., 767. G. H., 768. G. H., 769. G. H., 770. G. H., 771. G. H., 772. G. H., 773. G. H., 774. G. H., 775. G. H., 776. G. H., 777. G. H., 778. G. H., 779. G. H., 780. G. H., 781. G. H., 782. G. H., 783. G. H., 784. G. H., 785. G. H., 786. G. H., 787. G. H., 788. G. H., 789. G. H., 790. G. H., 791. G. H., 792. G. H., 793. G. H., 794. G. H., 795. G. H., 796. G. H., 797. G. H., 798. G. H., 799. G. H., 800. G. H., 801. G. H., 802. G. H., 803. G. H., 804. G. H., 805. G. H., 806. G. H., 807. G. H., 808. G. H., 809. G. H., 810. G. H., 811. G. H., 812. G. H., 813. G. H., 814. G. H., 815. G. H., 816. G. H., 817. G. H., 818. G. H., 819. G. H., 820. G. H., 821. G. H., 822. G. H., 823. G. H., 824. G. H., 825. G. H., 826. G. H., 827. G. H., 828. G. H., 829. G. H., 830. G. H., 831. G. H., 832. G. H., 833. G. H., 834. G. H., 835. G. H., 836. G. H., 837. G. H., 838. G. H., 839. G. H., 840. G. H., 841. G. H., 842. G. H., 843. G. H., 844. G. H., 845. G. H., 846. G. H., 847. G. H., 848. G. H., 849. G. H., 850. G. H., 851. G. H., 852. G. H., 853. G. H., 854. G. H., 855. G. H., 856. G. H., 857. G. H., 858. G. H., 859. G. H., 860. G. H., 861. G. H., 862. G. H., 863. G. H., 864. G. H., 865. G. H., 866. G. H., 867. G. H., 868. G. H., 869. G. H., 870. G. H., 871. G. H., 872. G. H., 873. G. H., 874. G. H., 875. G. H., 876. G. H., 877. G. H., 878. G. H., 879. G. H., 880. G. H., 881. G. H., 882. G. H., 883. G. H., 884. G. H., 885. G. H., 886. G. H., 887. G. H., 888. G. H., 889. G. H., 890. G. H., 891. G. H., 892. G. H., 893. G. H., 894. G. H., 895. G. H., 896. G. H., 897. G. H., 898. G. H., 899. G. H., 900. G. H., 901. G. H., 902. G. H., 903. G. H., 904. G. H., 905. G. H., 906. G. H., 907. G. H., 908. G. H., 909. G. H., 910. G. H., 911. G. H., 912. G. H., 913. G. H., 914. G. H., 915. G. H., 916. G. H., 917. G. H., 918. G. H., 919. G. H., 920. G. H., 921. G. H., 922. G. H., 923. G. H., 924. G. H., 925. G. H., 926. G. H., 927. G. H., 928. G. H., 929. G. H., 930. G. H., 931. G. H., 932. G. H., 933. G. H., 934. G. H., 935. G. H., 936. G. H., 937. G. H., 938. G. H., 939. G. H., 940. G. H., 941. G. H., 942. G. H., 943. G. H., 944. G. H., 945. G. H., 946. G. H., 947. G. H., 948. G. H., 949. G. H., 950. G. H., 951. G. H., 952. G. H., 953. G. H., 954. G. H., 955. G. H., 956. G. H., 957. G. H., 958. G. H., 959. G. H., 960. G. H., 961. G. H., 962. G. H., 963. G. H., 964. G. H., 965. G. H., 966. G. H., 967. G. H., 968. G. H., 969. G. H., 970. G. H., 971. G. H., 972. G. H., 973. G. H., 974. G. H., 975. G. H., 976. G. H., 977. G. H., 978. G. H., 979. G. H., 980. G. H., 981. G. H., 982. G. H., 983. G. H., 984. G. H., 985. G. H., 986. G. H., 987. G. H., 988. G. H., 989. G. H., 990. G. H., 991. G. H., 992. G. H., 993. G. H., 994. G. H., 995. G. H., 996. G. H., 997. G. H., 998. G. H., 999. G. H., 1000. G. H., 1001. G. H., 1002. G. H., 1003. G. H., 1004. G. H., 1005. G. H., 1006. G. H., 1007. G. H., 1008. G. H., 1009. G. H., 1010. G. H., 1011. G. H., 1012. G. H., 1013. G. H., 1014. G. H., 1015. G. H., 1016. G. H., 1017. G. H., 1018. G. H., 1019. G. H., 1020. G. H., 1021. G. H., 1022. G. H., 1023. G. H., 1024. G. H., 1025. G. H., 1026. G. H., 1027. G. H., 1028. G. H., 1029. G. H., 1030. G. H., 1031. G. H., 1032. G. H., 1033. G. H., 1034. G. H., 1035. G. H., 1036. G. H., 1037. G. H., 1038. G. H., 1039. G. H., 1040. G. H., 1041. G. H., 1042. G. H., 1043. G. H., 1044. G. H., 1045. G. H., 1046. G. H., 1047. G. H., 1048. G. H., 1049. G. H., 1050. G. H., 1051. G. H., 1052. G. H., 1053. G. H., 1054. G. H., 1055. G. H., 1056. G. H., 1057. G. H., 1058. G. H., 1059. G. H., 1060. G. H., 1061. G. H., 1062. G. H., 1063. G. H., 1064. G. H., 1065. G. H., 1066. G. H., 1067. G. H., 1068. G. H., 1069. G. H., 1070. G. H., 1071. G. H., 1072. G. H., 1073. G. H., 1074. G. H., 1075. G. H., 1076. G. H., 1077. G. H., 1078. G. H., 1079. G. H., 1080. G. H., 1081. G. H., 1082. G. H., 1083. G. H., 1084. G. H., 1085. G. H., 1086. G. H., 1087. G. H., 1088. G. H., 1089. G. H., 1090. G. H., 1091. G. H., 1092. G. H., 1093. G. H., 1094. G. H., 1095. G. H., 1096. G. H., 1097. G. H., 1098. G. H., 1099. G. H., 1100. G. H., 1101. G. H., 1102. G. H., 1103. G. H., 1104. G. H., 1105. G. H., 1106. G. H., 1107. G. H., 1108. G. H., 1109. G. H., 1110. G. H., 1111. G. H., 1112. G. H., 1113. G. H., 1114. G. H., 1115. G. H., 1116. G. H., 1117. G. H., 1118. G. H., 1119. G. H., 1120. G. H., 1121. G. H., 1122. G. H., 1123. G. H., 1124. G. H., 1125. G. H., 1126. G. H., 1127. G. H., 1128. G. H., 1129. G. H., 1130. G. H., 1131. G. H., 1132. G. H., 1133. G. H., 1134. G. H., 1135. G. H., 1136. G. H., 1137. G. H., 1138. G. H., 1139. G. H., 1140. G. H., 1141. G. H., 1142. G. H., 1143. G. H., 1144. G. H., 1145. G. H., 1146. G. H., 1147. G. H., 1148. G. H., 1149. G. H., 1150. G. H., 1151. G. H., 1152. G. H., 1153. G. H., 1154. G. H., 1155. G. H., 1156. G. H., 1157. G. H., 1158. G. H., 1159. G. H., 1160. G. H., 1161. G. H., 1162. G. H., 1163. G. H., 1164. G. H., 1165. G. H., 1166. G. H., 1167. G. H., 1168. G. H., 1169. G. H., 1170. G. H., 1171. G. H., 1172. G. H., 1173. G. H., 1174. G. H., 1175. G. H., 1176. G. H., 1177. G. H., 1178. G. H., 1179. G. H., 1180. G. H., 1181. G. H., 1182. G. H., 1183. G. H., 1184. G. H., 1185. G. H., 1186. G. H., 1187. G. H., 1188. G. H., 1189. G. H., 1190. G. H., 1191. G. H., 1192. G. H., 1193. G. H., 1194. G. H., 1195. G. H., 1196. G. H., 1197. G. H., 1198. G. H., 1199. G. H., 1200. G. H., 1201. G. H., 1202. G. H., 1203. G. H., 1204. G. H., 1205. G. H., 1206. G. H., 1207. G. H., 1208. G. H., 1209. G. H., 1210. G. H., 1211. G. H., 1212. G. H., 1213. G. H., 1214. G. H., 1215. G. H., 1216. G. H., 1217. G. H., 1218. G. H., 1219. G. H., 1220. G. H., 1221. G. H., 1222. G. H., 1223. G. H., 1224. G. H., 1225. G. H., 1226. G. H., 1227. G. H., 1228. G. H., 1229. G. H., 1230. G. H., 1231. G. H., 1232. G. H., 1233. G. H., 1234. G. H., 1235. G. H., 1236. G. H., 1237. G. H., 1238. G. H., 1239. G. H., 1240. G. H., 1241. G. H., 1242. G. H., 1243. G. H., 1244. G. H., 1245. G. H., 1246. G. H., 1247. G. H., 1248. G. H., 1249. G. H., 1250. G. H., 1251. G. H., 1252. G. H., 1253. G. H., 1254. G. H., 1255. G. H., 1256. G. H., 1257. G. H., 1258. G. H., 1259. G. H., 1260. G. H., 1261. G. H., 1262. G. H., 1263

Berliner Kurse

vom 13. Juli 1922.
(Ohne Gewähr.)

Deutsche Staats- u. Stadtanl.		Transportwerte.		Brauerei-Aktion.		Kolonialwerte.		Bank-Aktion.		Ausländische Anleihen.	
1% Anl. 1923	77,50	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
2% Anl. 1923	77,50	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
3% Anl. 1923	77,50	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
4% Anl. 1923	77,50	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
5% Anl. 1923	77,50	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
6% Anl. 1923	77,50	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
7% Anl. 1923	77,50	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
8% Anl. 1923	77,50	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
9% Anl. 1923	77,50	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
10% Anl. 1923	77,50	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000

Familiennachrichten

Oberingenieur Walter Middeldorf
Doris Middeldorf geb. Bergmann
Vermählte
Dresden, Seminarstr. 15, den 13. Juli 1922.

Rudolf
In la überreicher Weise entgegengebrachte Anteilnahme und die frohen, erhellenden Stunden, die unsern großen Schmerz lindern, legen wir hiermit herzlichsten Dank.
Die tieftrauernde Familie
Hugo Hohlfeld nebst Angehörigen.

Emilie Klöfche geb. Schmidt.
Nach langem schwerem Leiden erlitt sie am 7. d. Mts. unsere gute Mutter und Großmutter, Frau Emilie Klöfche geb. Schmidt.
Auf Wunsch der Hinterbliebenen geben wir dies erst nach der Beerdigung bekannt.
Tuglich danken wir allen herzlich, die unsern Mutter die letzte Ruhe erwiesen haben.
Sermann Klöfche
im Namen der Geschwister.

Gestern früh wurde unser Meister

Serr Adolf Heinrich
im Alter von 70 Jahren nach einem Wirken von nahezu 42 Jahren in die Ewigkeit abgerufen.
In dem heimgegangenen verlieren wir einen unserer ältesten Beamten, der während seiner unermüdbaren Tätigkeit in Treue und Hingabe bis in die letzten Tage seine Pflicht erfüllt hat. Wir werden ihm stets ein dankbares Andenken bewahren.
Niederträglich, den 13. Juli 1922.
Kelle & Sildebrandt.

Brillanten!!!
1 oder 2 größere Steine, passend zu Ohrringen und Serrenring, aus Brasilien gegen sofortige Rufe zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote unter U. P. 706 Exped. d. Bl. erbeten.

Kammerjäger Walther
Interessenten für echte Importen
Automobil
Paige, 16/36 PS, rassige Sportkarosserie, 2sitzig und 1 Notsitz, fahrbereit, sofort lieferbar, verkauft
Carosseriewerke Schebera A.-G., Dresden-A., Marienstraße 13.

Limousine
Rex Simplex, 17/30 PS., gebraucht und gut erhalten, billig zu verkaufen durch die Carosseriewerke Schebera A.-G., Dresden-A., Marienstraße 13.

Naumann-Nähmaschine
gehört in jeden geordneten Haushalt
um selbst nähen, flicken, stopfen und stecken zu können. Die „Naumann“ arbeitet spielend leicht und hilft viel Geld sparen.
Rund 3 Millionen sind im Gebrauch.
Auch Teilzahlungen gestattet.

Karl Winkler & Co.
Struvestraße 9
König-Johann-Straße 19
Prager Straße 33.
Fernsprecher: 13283 und 12446.

Achtung! Brillanten! Achtung!
Gold - Silber - Platin
Gegenstände und Bruch kammt unter strengster Diskretion
Schwarz, Seestraße 17, II.
Kein Laden! Nur II. Etage!
Tel. 17 613.
1 1/2-2-To.-Schnellastwagen
5-6-To.-Lastwagen
per Kasse sofort zu kaufen gesucht. Höhere Angaben erst unter P. A. L. 401 Große Schlössergasse 5.

Hervorragend preiswertes Ferien-Angebot

Herren-Bekleidung

- Sakko-Anzüge aus guten Strapazierstoffen 890,-
- Sakko-Anzüge bester Ersatz für Maß 2500,-
- Sport-Anzüge mit Breeches und langer Hose 1500,-
- Raglans u. Paletots in größter Auswahl 990,-
- Regen- u. Bozner Mäntel anprobiert wasserfeste Stoffe 1350,-
- Hosen feine Streifen und andere gute Qualitäten 190,-
- Sport- u. Wander-Hosen in Breechesform 450,-

Für die Reise - Für die See

Für die Sommerfrische

bringe ich eine Fülle eleganter und praktischer Kleidung

- Reise-Anzüge neueste Formen, aus Homespun, F. ungar, Cheviot u. gewirzten Stoffen 2500,-
- Reise-Schlüpfer weite Form, imprägniert, aus Homespun, Covercoat, Loden, Gabardine 1900,-
- Sommer-Anzüge große Auswahl, aus Alpaka, hell Leinen, Penma, Schilf-leinen 790,-
- Lüster-Sakkos I und II. Form, in hellmode, schwarz und blau 490,-
- Leinen-Sakkos und Joppen offene und geschlossene Form 250,-
- Tennis- und Leinen-Hosen - Wasch-Westen

Knaben-Bekleidung

- Sakko-Anzüge neueste Schnitte, mit Umschlaghose, große Stoffauswahl 790,-
- Sport-Anzüge mit Breeches, aus Homespun, mit Lederknöpfen 950,-
- Schul-Anzüge Strapazierstoffe, offene und hochgeschlossene Form 390,-
- Schlüpfer u. Pyjacks blau und modern gemusterte Stoffe 590,-
- Schulhosen aus starken Resten gefertigt 69,-
- Wasch-Blusen 68,-
- Wasch-Anzüge Schlupf- u. Kieler Form 95,-
- Wasch-Sport-Anzüge 450,-

Erstklassige Maßschneiderei
Tadelloser Sitz. - Schnellste Lieferung. - Hervorragende Stoffauswahl.
Stoffverkauf per Meter

ESDERS

Prager Straße **Ecke Waisenhaus-Straße**

Dresdener Nachrichten
Grelling, 14. Juli 1922
Seite 7

